

Der Landesverband DIE LINKE.Bremen zur Eigenverantwortlichen Schule

DIE LINKE.Bremen befürwortet eine größere pädagogische Eigenständigkeit verbunden mit einer Demokratisierung der Bildungseinrichtungen und einer Verbesserung der Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte von Kindern, SchülerInnen, Eltern und PädagogInnen.

Entscheidungen im Bildungswesen müssen von allen Akteuren getroffen werden. Dies betrifft nicht nur Fragen der Pädagogik und der inneren Organisation, sondern auch des Personaleinsatzes und der Finanzen. Dazu brauchen Bildungseinrichtungen ausreichende, zusätzliche und gesicherte Ressourcen sowie innerorganisatorische demokratisch legitimierte Entscheidungsgremien. Leitungskräfte und Beschäftigte müssen für diese neuen Aufgaben besonders geschult und ausgebildet werden. Den Leitungsbefugnissen stehen auf der Seite der Beschäftigten angemessene Partizipations- und Mitbestimmungsrechte gegenüber.

Hierzu sind im Einzelnen folgende Voraussetzungen zu gewährleisten:

1. Sicherung der Ressourcen:

- ausreichend und bedarfsgerechte Personalkapazitäten
- tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse für alle MitarbeiterInnen (LehrerInnen, Sozialpädagogische Fachkräfte, NUP)
- Stadtteilschule als Vermittler von Billiglohn-LehrerInnen abschaffen
- Abschaffen des Programms „Geld statt Stellen“, stattdessen: ausreichende Vertretungsreserve
- Auswahl und Einstellungen von neuen KollegInnen über demokratische Mitbestimmungsstrukturen
- Einstellungen nur in enger Zusammenarbeit von Schulleitung, Personalausschuss und mit Gewährleistung personalrätlicher Mitbestimmung
- Projektgelder für besondere Projekte (z.B. Theater, Musical...) sichern
- Lernmittelfreiheit für alle SchülerInnen garantieren
- bedarfsgerechte Sachmittelzuweisung gewährleisten

2. Demokratische Strukturen in der Schule:

Verantwortung, Teilhabe und Mitbestimmung für alle an Schule Beteiligten ausbauen (SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern, Schulleitung)

- Mitbestimmungsmöglichkeiten in Gremien ausbauen
- Schulleitung in Teams
- Schulverwaltungsgesetz demokratisieren (z. B.: Rücknahme des erweiterten Einflusses der Schulleiter)
- Fortbildungen von SchulleiterInnen, LehrerInnen und Eltern für diesen Prozess
- Mitgestaltungsmöglichkeiten und Eigenverantwortung von Schülerinnen erweitern

Kritik der heutigen Lage:

Modellversuche wie z.B. die Eigenverantwortliche Schule nach dem Modell von Bertelsmann in NRW begünstigen eine Art von Selbstständigkeit in Schulen, die von wirtschaftlichen Interessen geleitet werden. Sie verschärft die Konkurrenz zwischen den Schulen und schiebt die Verantwortung für die desolante finanzielle Situation auf die Schulen selbst ab.

Durch den Anpassungsdruck werden Schulen gegeneinander ausgespielt und die Unabhängigkeit staatlicher Schulen wird ausgehebelt: Diese scheinbaren Reformprojekte bedienen sich der Inhalte wie Leistungsfähigkeit, Qualitätssicherung... um die Schulen miteinander in Konkurrenz zu setzen und wenige leistungsstarke zu fördern, aber nicht, um eine gute Schulbildung für alle zu gewährleisten.

Gleichzeitig zieht sich die Regierung immer mehr von ihrer staatlichen Verantwortung zurück, um ausreichend für alle Schulen zu sorgen. Das staatliche Bildungsmonopol wird aufgrund von angeblichen ökonomischen Notwendigkeiten immer weiter aufgegeben. Die Schulen werden durch ständige Kürzungen und immer neuen Anforderungen an Schule immer weiter in die Enge getrieben, so dass sie auch privatwirtschaftliche Gelder einholen, um bestehen zu können. Vitale Bereiche der Schule werden in Konkurrenz gestellt und Stück für Stück der Privatisierung preisgegeben.

Der Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung für eine sozial gerechte Bildung wird z.B. dadurch deutlich, dass heute schon 25% der Schülerinnen und Schüler private Nachhilfeangebote wahrnehmen müssen.

Konkurrenz zwischen Schulen zu verschärfen und die finanziellen Rahmenbedingungen immer weiter einzudämmen, bedeutet aber gerade für von Armut betroffene Kinder, für Migrantenkinder und behinderte Kinder, dass sie aufgrund ihrer Benachteiligungen immer weiter isoliert werden. Außerdem werden ihre Zukunftschancen noch weiter eingegrenzt, da diese Kinder oft in Schulen beschult werden, die heute schon im Abseits stehen.

Mit der eigenverantwortlichen Schule werden Rankings eingeführt, die aufgrund ihrer Auswirkungen schon von vielen Universitäten abgelehnt wurden. Bildung unter dem Druck der Rankingkonkurrenz führt angesichts der neoliberalen Wirtschaftspolitik zur weiteren Ausweitung der Ellenbogenmentalität und produziert verfügbare Kunden statt mündige Bürger.

Schule ist kein Betrieb im Sinne von einem privatwirtschaftlichen Betrieb, sondern eine staatliche Einrichtung, die unter der staatlichen Verpflichtung steht, dass allen eine gute Bildung gewährleistet wird.

Ein weiterer Aspekt ist die Verlagerung der finanziellen Verantwortung des Senats in Personalfragen auf die Schule selbst. So könnten die Schulen zwar ihr Personal selbst mit auswählen, sollen aber im Grunde für die Folgen der staatlichen Kürzungspolitik (geringe Personalzuweisung, Unterrichtsausfälle, keine Lehrerstunden bei Krankheitsvertretungen...) selbst zuständig sein. Damit versucht die Regierung, sich auf perfide Weise aus der katastrophalen Entwicklung des Bildungswesens herauszuhalten. Die unkritische Variante von der Eigenverantwortlichen Schule begünstigt außerdem den Druck zu unbezahlter Mehrarbeit bis hin zur letztlich krank machenden Entgrenzung von Arbeit und Freizeit.

Eine wirkliche Autonomie im Schulbereich erfordert ausreichendes und qualifiziertes Personal für die Unterrichtsversorgung, für die Sozialarbeit, für den Ganztagsbetrieb und für erfolgreiches Lernen. Eine nachhaltige Unterstützung für SchülerInnen, LehrerInnen und Schulleitungen muss durch den Staat gewährleistet werden.

Die Rechte der Lehrkräfte-, Eltern- und Schülervertretungen wurden durch bestehende gesetzliche Regelungen stark eingeschränkt. In einer wirklich eigenverantwortlichen Schule aber treffen sie alle wesentlichen schulischen Entscheidungen. VertreterInnen des öffentlichen Lebens haben dabei keinerlei Rechte, in schulinterne Steuerungsprozesse einzugreifen.

DIE LINKE. Bremen spricht sich in diesem Sinne für die Revision des Bremer Schulgesetzes aus und fordert „Eine Schule für alle“, die frei von kommerziellen und wirtschaftlichen Interessen ist.

DIE LINKE. Bremen betrachtet die Zusammenarbeit der Bertelsmannstiftung mit der Senatorin für Bildung für einen illegitimen Eingriff der Wirtschaftslobby auf die staatlichen Schulen. Die Förderung und Forderung eigenverantwortlicher Schulen durch die Bertelsmannstiftung bewirkt nicht die Verfügungsfreiheit jeder Schule über ihre Mittel, sondern die Verwaltung der Kürzungen unter dem Deckmantel der Freiheit der Akquise auf dem Markt. Als Voraussetzung für eine wirkliche Eigenverantwortlichkeit von Schulen fordert DIE LINKE. Bremen den Senat auf, die Kooperation mit dieser Stiftung einzustellen, ausreichende Mittel bereitzustellen und demokratische Wege für die notwendigen Veränderungen in den Schulen mit den Akteuren vor Ort gemeinsam zu entwickeln.

DIE LINKE. Bremen fordert die pädagogische Weiterentwicklung von Schulen. Schulen müssen nach demokratischen und nicht nach betriebswirtschaftlichen Kriterien ausgebaut werden.

Mit den voraussichtlichen Kürzungen im anstehenden Haushaltsjahr werden sich die Bedingungen zur Entwicklung echter Autonomie an den Bremer Schulen nicht positiv verändern. Erst wenn die Kürzungen in Schule, Universität beim Personal und in anderen Bereichen zurückgenommen werden, ist eine Verbesserung der Situation im Bildungsbereich möglich.

Unter diesen Bedingungen spricht sich DIE LINKE. Bremen gegen die Einführung von solchen Konzepten zur „Eigenverantwortlichen Schule“ aus.